

## «Begrenzungsinitiative»

### PRO

#### Ja zur Begrenzungsinitiative

Unser Land gehört mit 41285 Quadratkilometern zu den kleinsten Ländern in Europa. Topographische Gegebenheiten lassen nur eine Besiedlung von 50 Prozent der Fläche der Schweiz zu. Mit gegenwärtig 8,5 Millionen Einwohnern ist diese Fläche bereits sehr strapaziert, die von linker Seite propagierten zehn Millionen sind deutlich zu viel. Unsere Städte platzen aus allen Nähten. Die Verkehrsprobleme sind heute bereits so gross, dass kaum noch befriedigende Lösungen gefunden werden. Die Natur leidet massiv unter der Bevölkerungsdichte. Wohnraum wird knapp und somit immer teurer. Es erstaunt sehr, dass Umweltschützer und Grüne nicht geschlossen hinter dem Ansinnen der SVP stehen und mit-helfen wollen, die Zuwanderung zum Schutze unserer Umwelt zu begrenzen.

Die masslose Zuwanderung hat

aber auch noch ganz andere Nachteile für unser Land. Besonders ältere Arbeitnehmende werden zunehmend durch junge billige Arbeitskräften aus dem EU-Raum verdrängt. Der Bundesrat will unsere älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nun mit einer Rente in Form eines Schweigegeldes ruhigstellen.

Die gebetsmühlenartig wiederholte Lüge, dass durch diese Initiative die bilateralen Verträge mit der EU in Gefahr seien, kommt aus der Ecke der Profiteure in den grossen Firmen. Unseren Arbeitnehmenden, unserer Umwelt und unseren kleinen und mittleren Unternehmen schadet die Freizügigkeit zu sehr, als dass man diese noch lange derart ungebremst hinnehmen sollte. ■

Johann Widmer,  
Gemeinderat SVP Kreis 10

### CONTRA

#### Ein klares Nein zur Abschottung der Schweiz

Die Personenfreizügigkeit (PFZ) kommt sowohl Schweizer\*innen wie auch Europäer\*innen zugute. Deren geforderte Kündigung gefährdet nicht nur für beide Seiten die grosse berufliche Mobilität, sondern stempelt einmal mehr die zugewanderte Bevölkerung zum Sündenbock. Dabei trägt der rund ein Viertel zählende Teil unserer Wohnbevölkerung wesentlich zum guten Funktionieren unseres Landes bei. Die anfänglich befürchtete Verdrängung der Inländer\*innen aus dem Arbeitsmarkt ist nicht eingetroffen. Die Zuwanderung entwickelt sich gemäss unserem Bedarf an Fachkräften. Man stelle sich nur mal unsere Spitäler ohne Zuwanderung aus dem EU-Raum vor!

Im Zuge der PFZ hat die Schweiz zum Schutz vor missbräuchlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen flankierende Massnahmen einge-

führt und den menschenunwürdigen Saisonier-Status abgeschafft. Mit der Kündigung der PFZ ginge der Weg zurück zu Kontingenten und zu einem für alle schädlichen Lohndumping. Noch immer ruft die SVP Arbeitskräfte und verkennet, dass Menschen kommen, die einen wichtigen Beitrag zu unserer Gesellschaft leisten.

Wir Grünen stehen hinter dem bilateralen Weg und dem konstruktiven Dialog mit der EU. Die Schuldzuweisung für unsere ökologischen Probleme an die Zuwanderer\*innen, wie das die SVP im Zuge der Abstimmung macht, ist blosser Augenwischerei. Es geht bei der Vorlage vor allem um die Abschaffung der flankierenden Massnahmen und damit des Lohnschutzes. Daher lehnen wir die Begrenzungsinitiative klar ab. ■

Nora Bussmann,  
Kantonsrätin, Grüne Kreis 6/10

## Immobilien-Ratgeber

### Wie wohnen Sie übermorgen?

**Seniorinnen und Senioren, die ein eigenes Haus oder eine Eigentumswohnung bewohnen, sehen sich mit zunehmendem Alter mit der Frage konfrontiert, ob sie weiterhin in ihrem bisherigen Domizil verbleiben können.**

Nicht jedes Einfamilienhaus oder jede Eigentumswohnung eignet sich für seniorengerechtes Wohnen. Wo das nicht der Fall ist und man trotzdem nicht umziehen will, sollten die Häuser oder Wohnungen dem neuen Lebensabschnitt angepasst und entsprechend aus- oder umgebaut werden. Bei der heutigen Lebenserwartung dürfte sich die Finanzierung eines solchen Projek-

tes in den meisten Fällen lohnen. Der Umbau eines eigenen Hauses ist in der Regel administrativ übersichtlicher abzuwickeln als jener einer Wohnung. Der Bauherr kann im Rahmen der Bauvorschriften grundsätzlich selber entscheiden, was er umbauen oder ergänzen möchte. Grossen Aufwand erfordert in der Regel der Einbau eines Aufzugs, vor allem bei mehreren Stockwerken. Es ist dabei sicher kein Fehler, gleichzeitig abzuklären, ob das Haus nicht in kleinere Wohneinheiten umgebaut und der nicht mehr selber beanspruchte Raum an Dritte vermietet werden könnte.

Bei der Eigentumswohnung gibt

es zwei Kategorien. Die einfacheren Wohnungen, bei denen aus Kostengründen oft bewusst auf gewissen Komfort verzichtet und beispielsweise keine Aufzüge eingebaut wurden. Ohne Aufzug lohnt es sich bei dieser Kategorie nicht, in einen Umbau zu investieren. Hingegen verfügen praktisch alle neueren Eigentumswohnungen über einen Aufzug und sind damit von der Tiefgarage oder vom Hauseingang her schwellenlos erreichbar. Hier lohnt es sich, bei Bedarf weitere altersgerechte Anpassungen in der Wohnung vorzunehmen. In der Regel können diese Arbeiten ohne Baubewilligung und ohne grössere Störungen der Nachbarn

durchgeführt werden. Für die Evaluation und die Abwicklung eines solchen Vorhabens ist der Beizug einer Fachperson zu empfehlen. (pr) ■



Falke Immobilien  
GmbH  
Beatrice Falke

Flüelastrasse 27  
8047 Zürich  
Telefon 044 820 18 18  
info@falke-immobilien.ch  
www.falke-immobilien.ch